

# «Es wird immer Geld in die Politik fließen»

In der Wahlkampfspende für Anita Fetz, die wegen den Wirren um die Stiftung Pro Facile publik wurde, sieht Andreas Ladner vom Institut für Politikwissenschaft in Bern kein Problem. Dass sie nicht deklariert wurde, stehe jedoch im Widerspruch zur Transparenzforderung der SP.



**Andreas Ladner.** Der Berner Politologe sieht zurzeit kein Risiko für Fetz' politische Karriere. Foto Keystone

**BaZ:** Herr Ladner, lässt sich die Wahlkampfspende für Anita Fetz aus dem Umfeld der umstrittenen Pro-Facile-Stiftung mit dem Fall «Peter Hess» vergleichen, der als Nationalratspräsident einige recht undurchsichtige Verwaltungsmandate nicht angegeben hat?

**Andreas Ladner:** Nur indirekt, denn bei Peter Hess ging es um sein Einkommen, das heisst um Geld, das er durch seine Mandate verdient hat...

...unter anderem bei Firmen mit Sitz in der Karibik...

...die auf den ersten Blick nicht unproblematisch waren. Bei Frau Fetz geht es um Geld, das gespendet wurde, um ihre Wahlkampagne zu finanzieren. Dieses Geld floss also direkt in die Politik, nicht ins Einkommen.

In beiden Fällen wurde aber Kritik an der fehlenden Deklaration laut.

Hier ist natürlich eine Sensibilisierung im Gang. Man versucht, eine gewisse Transparenz zu erreichen, gerade wenn es um heikle Zuwendungen geht. Ob nun Frau Fetz aktiv etwas vertuscht hat oder einfach etwas unterlassen hat bzw. hätte sorgfältiger sein sollen, kann ich nicht beurteilen. Immerhin stellt die SP hier aber hohe Ansprüche – insofern ist es ein gefundenes Fressen, bei Frau Fetz speziell hinzuschauen. Denn offenbar wurde nicht getan, was die Partei bezüglich der Sorgfaltspflicht offiziell verlangt und propagiert.

Schadet das Fetz' politischer Karriere? Zum jetzigen Zeitpunkt bin ich

nicht der Meinung, dass die Angelegenheit so gravierend ist, dass die Karriere von Frau Fetz gefährdet sein könnte. Das Bedauerliche an solchen Kampagnen ist nur, dass etwas zurückbleibt, selbst wenn sich herausstellen würde, dass nichts Unrechtmässiges passiert ist.

**Wann wäre die Sache gravierend?**

Wenn man sich von einem Geldgeber einspannen liesse. Doch wegen einer Wahlkampfspende, die im besten Fall ungeschickterweise nicht ausgewiesen wurde, ist eine politische Karriere nicht abgeschlossen.

**Ist es überhaupt möglich, eine Wahlkampfspende zu erhalten, ohne in irgendeiner Weise abhängig zu werden?**

Das hängt von der Zahl der Geldgeber und der Höhe der Beträge ab. Wenn Frau Fetz von hundert Geldgebern je 30000 Franken erhalten hätte, würde der Einfluss jedes einzelnen Spenders sinken.

**Der Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross fordert nun, dass alle Wahlspenden offen gelegt werden müssen.**

Das Thema ist ein Dauerbrenner, nicht zuletzt weil es von der SP immer wieder vorgebracht wird. Ich persönlich bin in dieser Sache gespalten: Man hat einerseits ein Anrecht darauf, zu wissen, wer hinter den Spenden steckt – vor allem wenn mit den Beiträgen eine direkte Einflussnahme verbunden ist. Andererseits kann ich mir schwer vorstellen, wie die gewünschte Transparenz in unserem System durchsetzbar wäre. Unser Milizsystem basiert ja gerade darauf, dass die Politikerinnen und Politiker das Geld vom privaten Sektor erhalten.

**Hilft es, wenn ein Beitrag erst ab einem Schwellenwert deklariert werden muss?**

Dagegen ist der Widerstand schon jetzt gross – aus nicht ganz uneigennütigen Gründen: Denn müssen Spenden offen gelegt werden, dann werden die Parteien auf gewisse Spenden verzichten müssen. Eine Spende ist immer ein Bekenntnis zu einer Partei. Wenn also eine Bank die SVP unterstützt, könnte sich ein FDP-Mitglied überlegen, ob es sein Geld bei dieser Bank anlegen will.

**Wird nun allenfalls «dank» dem Fall Fetz aus dem Dauerbrenner ein Gesetz zur Offenlegung?**

Diese Chance ist meiner Ansicht nach klein, eher wird die Eigenverantwortung postuliert. Doch wird auf Parteien und die einzelnen Exponenten der Druck wachsen: Diese müssen in Zukunft mit Spenden sorgfältiger umgehen. Auch werden die Parteien zu Offenheit und Ehrlichkeit gezwungen, wenn sie gefragt werden, woher sie ihre Finanzen haben.

**Eigenverantwortung kann aber, wie die Erfahrung zeigt, lückenhaft sein.**

Das stimmt. Doch je normaler es wird, dass mit Geld sorgfältig umgegangen wird, desto schwer wiegere Folgen werden Verstösse dagegen haben. Die liberale Lösung wäre, dass die Men-

schen die Parteien wählen, die ihre Finanzen offen legen. Die Parteien können umgekehrt ihre Offenheit als «positive Eigenschaft» geltend machen.

**Und als Nächstes folgt die Finanzierung der Parteien durch den Bund?**

Wenn der Bund den Parteien gewisse Dienstleistungen abnimmt, etwa einen minimalen Organisationsbeitrag gibt, kann dies durchaus sinnvoll sein. Aber zu meinen, die Parteien hätten gleich lange Spiesse, wenn sie vom Bund alle gleich viel Geld erhielten, wäre blauäugig. Es wird immer Geld in die Politik fließen, sei es direkt und ungebunden oder in Form von Unterstützungsleistungen. Interview Tilman Renz

## Kommentar

### Ein Affront statt Antworten



**Remo Leupin**

word stehen, kündigte der Präsident der SP Basel gestern Abend an – ein Affront gegenüber allen jenen Zeitungsjournalisten, die sich tagelang vergeblich bei Fetz um Aufklärung über ihre Rolle in der umstrittenen Stiftung Pro Facile bemühten. Und ein Affront gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern, die weiterhin auf klare Antworten warten.

Dass Anita Fetz Talent im Umgang mit den Medien hat, mussten ihr bis vor kurzem sogar ihre politischen Gegner zugestehen. «Wenn es um professionelle Kommunikation geht, können viele Leute von Frau Fetz lernen», sagte Georg F. Krayer, Basler Bankier und Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei jüngst in einem BaZ-Interview.

Ihr Verhalten im Umgang mit der Affäre Pro Facile zeigt – um es zurückhaltend zu formulieren – nicht von diesem Talent. Denn Neues ist auch bei den

gestrigen TV-Auftritten in der «Tagesschau» und in «Telebasel» nicht herausgekommen. Die sonst in den Medien so versiert auftretende Anita Fetz wirkte in der «Tagesschau» verunsichert, die Antworten schienen sie auswendig gelernt zu haben. Erneut wiederholte Fetz, was sie bereits via Anwalt verkündete: Sie habe vergessen, das Mandat den Parlamentsdiensten anzugeben. Wie ist dies möglich? Seit Anfang 2003 sind Parlamentsmitglieder zur Offenlegung ihrer Mandate verpflichtet – nicht zuletzt auf Druck von Fetz' Partei, der SP.

Auch alle anderen Fragen harren noch immer einer klaren Antwort. Wie ist es möglich, dass der sonst so souverän agierenden Unternehmerin, Vizepräsidentin der Schweizer Wirtschaftsfrauen und Basler Bankrätin entgangen ist, dass die Anlagestrategie der Stiftung Pro Facile höchst riskant ist? Wie kann es sein, dass Fetz erst letzte Woche bei der Durchsicht der Spenderlisten bemerkt hat, dass ein Wahlkampfbetrag von immerhin 30 000 Franken aus den Kassen der Solothurner Hof AG stammte – einer Firma, deren einziger Verwaltungsrat der Pro-Facile-Gründer Peter Ammann ist? Darüber rätseln all jene Wählerinnen und Wähler weiter, die Anita Fetz im vergangenen Herbst den Einzug ins Parlament ermöglichten.

## Nachrichten

### SVP- und CVP-Wähler missachteten die Par

**Bern.** SDA. Bei der eidgenössischen Abstimmung vom 16. Mai sind Anhänger der SP und der FDP weitgehend den Parolen ihrer Parteien gefolgt. SVP und CVP hatten vor bei der 11. AHV-Revision Müh Gefolgsschaften von ihren Positionen überzeugen. Das zeigt eine Voxse auf, die vom Forschungsinstitut gfs.bern und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität erarbeitet wurde. Abgestimmt neben der 11. AHV-Revision – das Steuerpaket und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV/IV.

### CVP-Ständerat Lomb muss nicht hinter Gi

**Bern.** SDA. Der Tessiner CVP-derat Filippo Lombardi muss von einem Verkehrsdelikt nicht hinterter. Das Obergericht des Kantons hat gegen den Widerruf des bei Strafvollzugs entschieden. Lombardi war im Kanton Tessin wegen einer Fahrens ohne Führerschein Probezzeit zu 20 Tagen bedingt teilt worden. Das Untersuchungsteam Bern entschied danach auf Umwandlung in eine unbed Strafe. Dagegen hat Lombardi i bernischen Obergericht nun erfolgreich rekurriert. Es handle sich stestezetchnisch um einen leicht Fall, begründete das Gericht gegen sein Urteil.

### Bern schützt Eltern v flegelhaften Kindern

**Bern.** SDA. Eltern, die von ihr jugendlichen Nachwuchs geschuldet werden, sollen im Kanton Bern geschützt werden: Die Jugendliche sollen schlagende Jugendliche während maximal sieben Tagen einen Sicherheitsgewahrsam nehmen können. Die Einführung des Sicherheitsgewahrsams ist im Rahmen Massnahmen gegen häusliche Gewalt im neuen Polizeigesetz geplant, das bernische Amt für Informatik gestern mit Brigitte Lamberty, Jugendgerichtspräsidentin der F Biel-Seeland, sagte, Gewalt von dem und Jugendlichen gegen ihre Eltern sei ein Phänomen, das bis stark tabuisiert worden sei.

### EU hört nicht i Leuenberger

**Amsterdam.** mt. Bundesrat Leuenberger hat am Treffen d Verkehrsminister in Amsterdam nachhaltige europäische Luftpolitik gefordert. Leuenberger vor, dass die EU einheitliche Vc ten für die Lärm- und Luftbe prüft. Er verwies auf die deutsch flugbeschränkungen, die den Fl Zürich gegenüber den Konku München und Frankfurt benach EU-Verkehrskommissarin Loy Palacio hatte dafür wenig Gel verwies im Zusammenhang n Lärmschutz auf die Regeln der l tionalen Organisation für Zivill

Die Einladung von Bundes EU-Ministertreffen ist unüblich gen unserer geografischen i kommt man nicht um uns herum Leuenberger zur Vorzugsbehan

## BaZ online

### Asyl: Für härte Massnahmen

**Basel.** BaZ. Die von Bunde vorgeschlagenen schärferen M men gegen die illegale Einwar scheinen auf grossen Zuspruch sen. Im letzten Netz Ted stim Prozent für eine unbefristete D zungshaft für Auszuweisende, d dhnung des Fürsorgeinstans a

# SP will Transparenz – und lebt selber im Nebel

Die SP fordert in einem parlamentarischen Vorstoss mehr Transparenz im Umgang mit Spendengeldern. Beim eigenen Umgang mit Wahlspenden lässt es die Partei aber an Transparenz vermissen: In diesem Bereich fehlen klare Regelungen.

**Basel.** Ohne Spenden läuft in schweizerischen Wahlkämpfen gar nichts. Ausser im Kanton Genf, der die staatliche Finanzierung von Wahlen kennt, gibt es in der Schweiz vom Staat keine finanzielle Unterstützung für die Parteien. Politiker und Parteien sind auf Mitgliederbeiträge, private Gönner und Spenden aus der Wirtschaft angewiesen, wollen sie für ihre Sache werben und ihre Vertreterinnen und Vertreter in politische Ämter bringen. Zwar sind Unternehmen grosszügige Spendenquellen. Als Wahlhelfer wollen die Spender aber oft nicht genannt werden – aus Rücksicht auf Geschäftspartner und Kunden, die das politische Engagement mitunter nicht goutieren würden.

Von Julia Konstantinidis

Das stösst der SP sauer auf. «Wir stossen uns nicht daran, dass sich Unternehmen politisch einsetzen, stossend ist, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, wofür sich die Firmen engagieren und mit wie viel Geld sie das tun», ärgert sich SP-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat. Seine Partei fordert aus diesem Grund seit Jahren Transparenz bei den Parteispenden. Eine parlamentarische Initiative des Zürcher SP-Nationalrats Andreas Gross verlangt, dass Spenden von mehr als 500 Franken (für einzelne Kandidaten) und



**Im Lauf gestoppt.** Zahlreiche Fragen zur Wahlkampfspende bremsen derzeit Anita Fetz' politischen Schwung. Foto Roland Schmid

verlangt, dass Kandidaten zu jeder Zeit wissen, woher ihre Wahlenden kom-

nenkomitees gibt es bei uns keine Regelung über die Angabe von Wahlenden-